



Landtagsmehrheit gegen detaillierte Offenlegung

Mit der Ablehnung des LINKE-Gesetzentwurfs sind auch die Karenzzeiten vom Tisch

Trotz zahlreicher Stellungnahmen von Antilobby-Organisationen wie Transparency und Fachleuten wie dem Verfassungsrechtler Prof Morlok in der Anhörung des Justizausschusses, die sich für ein Modell der Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften der Abgeordneten auf Euro und Cent aussprechen, wurde der LINKE-Gesetzentwurf abgelehnt.

Die CDU/SPD-Koalition hatte nach Einbringung der LINKE-Initiative mit einem eigenen Entwurf geantwortet. Der öffentliche Druck war offensichtlich zu groß, um im Nichtstun zu verharren.

Der nun beschlossene Koalitionsentwurf überträgt im Großen und Ganzen die für den Bundestag geltenden gesetzlichen Regelungen auf Thüringen. Damit wird es eine Offenlegung in Einkommensstufen, aber nicht auf genaue Euro-Beträge geben. Obwohl zahlreiche Anzuhörende darauf hingewiesen haben, dass das im Bundestag praktizierte Stufenmodell sich als „verwirrend“ erwiesen hat und „mehr Fragen aufwirft als beantwortet“ und „das ‚auf Euro- und Cent-Modell‘ den demokratischen Transparenzanforderungen tatsächlich gerecht wird“, ließ sich die Koalition nicht zum Umdenken bewegen.

Es half auch nicht, dass der Thüringer Datenschutzbeauftragte dem weitergehenden Gesetzentwurf der LINKE - eingeschlossen Offenlegung von Auftraggebern und Firmenbeteiligungen bei Wahrung des beruflichen Ver-

schwiegenheitsschutzes von Rechtsanwälten und Ärzten - bescheinigt, mit allen datenschutzrechtlichen und (verfassungs-)rechtlichen Vorschriften vereinbar zu sein.

Mehrere Anzuhörende, darunter der Jenaer Rechtswissenschaftler Prof. Brenner, haben bestätigt, es sei nicht belastbar zu belegen, dass ein solches weitergehendes Offenlegungsmodell Menschen aus dem Bereich der selbständigen oder freien Berufe abhalten würde, ein Mandat zu übernehmen. Befürchtungen von CDU und FDP entbehren daher jeder Grundlage.

Auch Bewegung bei „politischen Beamten“?

Die „weichgespülte“ Stufen-Lösung ist zwar nach Einschätzung von Knut Korschewskys „ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht wirklich das, was in Sachen Transparenz und Glaubwürdigkeit sinnvoll und notwendig ist“. Die Regelung im LINKE-Gesetz zu Karenzzeiten im Ministergesetz findet sich im Koalitionsentwurf nicht. So gab es im Landtag scharfe Kritik der Linksfraktion an der Ablehnung von Karenzzeiten für Minister nach Ausscheiden aus dem Amt und vor einem Wechsel in Tätigkeiten, die im Zusammenhang zur früheren Ministerfunktion stehen. Nicht erst die Bundes-Debatte hat deutlich gemacht, wie wichtig dieses Instrument für Transparenz und Antilobby-Arbeit ist. „Besonders pikant dabei, dass die Koalitionsabgeordnete-

ten die aktuelle Debatte und das Einlenken der Koalition in Berlin zu gesetzlichen Karenzzeiten völlig missachten“, so Knut Korschewsky. Der LINKE-Politiker stellte im Plenum auch eine Mündliche Anfrage an die Landesregierung zur Einführung von Karenzzeiten und dem Umgang mit dem Thema „politische Beamte“ und ihre vorgezogenen Versorgungsbezüge. Ein LINKE-Gesetzentwurf zur Abschaffung dieser speziellen Beamtenkategorie hatte der Landtag kürzlich abgelehnt.

Die Landesregierung antwortete, dass doch die Regelungen zur Genehmigung von Neben- und Anschluss-tätigkeiten – die allerdings nur für „normale“ Beamte gelten, nicht für Minister – ausreichend seien. Zu politischen Beamten habe sie entgegen der Darstellung der LINKEN keine Zusage für eigene Initiativen gemacht, sondern nur eine Prüfung in Aussicht gestellt. Tags darauf wird in der TLZ Vize-Ministerpräsident Matschie zitiert: „Die SPD-Seite möchte die politischen Beamten auf den Kreis der Staatssekretäre konzentrieren.“ Die CDU blockiere die Reform-Novelle, so sei aus SPD-Reihen zu hören, berichtete die Zeitung.

Eines wird in der bisherigen Debatte deutlich: „Hätte die LINKE nicht im November 2012 ihren Gesetzentwurf vorgelegt, hätte sich die CDU/SPD-Koalition von alleine nicht bewegt – also, links wirkt doch“, so Korschewsky in der Plenardebatte. Auch beim Thema politische Beamte gibt es dafür Anzeichen.

Sandra Steck

KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

Die Verjährung

Die von der Landesregierung beabsichtigte Neuregelung bei der rückwirkenden Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen lehnt die LINKE ab. Die öffentliche Anhörung im Innenausschuss hat verdeutlicht, dass hier ausschließlich die Einnahmeinteressen der Kommunen und Zweckverbände Berücksichtigung finden sollen, die berechtigten Interessen der Bürger hingegen nicht. Das Bundesverfassungsgericht hat eine unbefristete Rückwirkung bei der Erhebung von Beiträgen für verfassungswidrig erklärt. Die Landesregierung will nun die Rückwirkung auf zwölf Jahre begrenzen, aber erst ab 2021. Bis dahin bleibt es bei einer Rückwirkung bis 1991 – eine völlige Fehlinterpretation des Urteils.

Die Verjährung ist im Rechtsstaat ein hohes Gut und sie muss auch im Abgabenrecht gelten. Wenn schon die Bürger über Beiträge direkt an der Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen und Abwassereinrichtungen beteiligt werden sollen, was die LINKE kritisch sieht, muss dies vor Investitionsbeginn geklärt werden. Erst investieren und Jahre später die Kostenbeteiligung der Bürger klären, ist unzeitgemäßes Verwaltungshandeln. Der Landtag muss sich eindeutig positionieren. Bundesweit gilt die Verjährungsregelung von vier Jahren. Es gibt keine akzeptablen Gründe, diese Frist in Thüringen erheblich zu verlängern. Die LINKE bringt dazu Änderungsanträge ein.

Das laufende Gesetzgebungsverfahren macht deutlich, dass auch nach mehr als 20 Jahren keine rechtssichere Erhebung der Straßen- und Abwasserbeiträge möglich erscheint. Dies bestätigt die Forderung der LINKEN nach Abschaffung dieser Beiträge. Um nicht die Kommunen und das Land zusätzlich finanziell zu belasten, haben wir das Modell der Infrastrukturabgabe als Alternative vorgelegt. Die Erfahrungen im Bereich der Wasserversorgung, wo bekanntlich 2004 die Beiträge abgeschafft wurden, zeigen, dass die Finanzierung von Investitionen ausschließlich über Gebühren auf hohe Akzeptanz stößt und keine Kostenexplosion eintritt.

Auch beim Abwasser gibt es in Thüringen zahlreiche Aufgabenträger, die ohne Beitragserhebung ihre Investitionen finanzieren. Die LINKE hält deshalb die Diskussion über die Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge weiterhin für aktuell und notwendig.

AKTUELL

Runder Tisch zur Flüchtlingsaufnahme

„Die Menschenrechtslage in vielen Ländern und die anhaltenden Kriege sowie die existenziell bedrohliche Diskriminierung der Roma in Staaten der westlichen Balkanhalbinsel werden auch in Zukunft dazu führen, dass Thüringen in der Verantwortung steht, Flüchtlinge humanitär aufzunehmen“, erklärte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Berninger.

Gleichzeitig aber warnte sie davor, die Aufnahme von jährlich etwa 3.000 Flüchtlingen als Belastung zu sehen oder mit Vokabeln zu dramatisieren, die, wie etwa „Zustrom“ oder „Flut“, ansonsten nur Naturkatastrophen beschreiben und damit rassistische Einstellungen und xenophobe Ressentiments bedienen. „Die in den vergangenen Jahren extrem niedrige

Aufnahmequote von Flüchtlingen führt in der Tat nunmehr zu Kapazitätsproblemen bei der Landesaufnahme. Aber auch die Landkreise und kreisfreien Städte sind unzureichend vorbereitet, schnell für die aus menschenunwürdigen Bedingungen Geflüchteten eine humanitäre Aufnahme sicherzustellen.

Unser Primat ist eindeutig. Wir brauchen in Thüringen eine kurzzeitige Erstaufnahme, die soziale und gesellschaftliche Integrationsleistungen bietet, wie etwa Sprachunterricht, und nachfolgend eine dezentrale Unterbringung in den Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer an den Bedarfen und Bedürfnissen der Flüchtlinge ausgerichteten sozialen Beratung und Betreuung“, betonte Sabine Berninger. „Wir schlagen deshalb dem Thüringer Innenminister vor, schnellstmöglich ei-

nen Runden Tisch zur Flüchtlingsaufnahme in Thüringen zu schaffen. Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und die Kommunen sollen gemeinsam ein Konzept erarbeiten. Die aktionistische Suche nach größtmöglichen Gebäuden muss beendet und ein zukunftsfähiges Konzept zur humanitären Aufnahme von Geflüchteten in Thüringen umgesetzt werden“, begründete die LINKE Politikerin ihren Vorschlag.

Sabine Berninger stellte in diesem Zusammenhang richtig, dass nicht sie die Mühlhäuser Görmar-Kaserne als Landeserstaufnahmestelle „ins Spiel“ gebracht habe, wie das in Zeitungen berichtet wurde, sondern der Innenminister. Sie habe diesen Vorschlag lediglich kommentiert und bewertet.